Zur Person

Geboren am 29. November 1948 in Stuttgart, Rechtsanwalt in Stuttgart, verheiratet, zwei Kinder.

Engagement in der katholischen Jugendarbeit. 1966 Abitur, danach Wehrdienst. 1968 Beginn des juristischen Studiums an der Universität Tübingen. Während des Studiums Mitglied des AStA-Vorstandes, Mitglied der Basisgruppe Jura und der HSU.

1969 Eintritt in die SPD. 1971 Wahl in den Gemeinderat Stuttgart, 1975 Mitglied in Landesvorstand. 1977 Mitglied des Landespräsidiums, 1980 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. 1981 stellvertretender Landesvorsitzender. Ab 1988 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und von 1992 bis 2001 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg. Von 1987 bis 1999 Landesvorsitzender, bis 2003 Mitglied des Bundesvorstands. Von 1995 bis 1999 und von 2000 bis 2001 Mitglied des SPD-Präsidiums.

Im Juni 2005 Austritt aus der SPD, Eintritt in die WASG und DIE LINKE. Seit Oktober 2005 Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN im Bundestag. Seit Juni 2007 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

die zweite Weltwirtschaftskrise trifft Baden-Württemberg besonders hart. Statt aber die Arbeitsplätze der Menschen zu verteidigen, verbrennt man auch hier wie in ganz Deutschland Unsummen zugunsten von Banken und Finanzinvestoren und hält an Milliardengräbern wie »Stuttgart 21« fest. Wieder einmal soll die Bevölkerung die Lasten der Krise tragen, anstatt endlich die zur Kasse zu bitten, die sich im Finanzkapitalismus hemmungslos bereichert haben. Nur DIE LINKE steht für eine andere Politik. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

Ihr

DIE LINKE, Ulrich Maurer
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
ulrich.maurer@linksaktiv.de
www.fuer-gerechtigkeit.de

Ulrich Maurer

Damit es im Land gerecht zugeht.

DIE LINKE.

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Viele Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Zukunft, um die ihrer Familien, ihrer Kinder und Enkelkinder.
DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst.

Sie vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. CDU, CSU und SPD hingegen haben die Reichen begünstigt und den Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise energisch handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfsgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft.

Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 27. September haben Sie die Wahl:

- Milliarden für Banken und Finanzhaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.
- Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.
- Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.
- Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.
- Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.
- In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.